

Wladimir Putin, der Präsident der Russischen Föderation, hat eine Erklärung zur Deeskalation der gefährlichen Situation in Europa abgegeben, die nach der Aufkündigung des INF-Vertrages durch die USA entstanden ist.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 090/20 – 06.11.20

**Erklärung Wladimir Putins über zusätzliche Schritte,
mit denen die Situation in Europa deeskaliert werden könnte,
die nach dem Auslaufen des INF-Vertrages entstanden ist.**

The President of Russia, 26.10.20

(<http://en.kremlin.ru/events/president/news/64270>)



Die Russische Föderation glaubt auch weiterhin daran, dass der INF-Vertrag ein wichtiger Bestandteil der Architektur zur Erhaltung der internationalen Sicherheit und der strategische Stabilität war. Der Vertrag war wichtig für die Aufrechterhaltung der Berechenbarkeit und der Selbstbeschränkung bei den in Europa stationierten Raketen.

Wir betrachten den Ausstieg der USA aus dem INF-Vertrag (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/INF-Vertrag>), der daraufhin auslief, als schweren Fehler, weil dadurch die Gefahr eines Wettrüstens bei den Mittelstreckenraketen, das Konfrontationspotenzial und das Risiko einer unkontrollierbaren Eskalation größer geworden ist. In Anbetracht der anhaltenden Spannungen zwischen Russland und der NATO ist die Bedrohung für die europäische Sicherheit offensichtlich gewachsen.

Unter diesen Umständen sind energische Anstrengungen erforderlich, um das Defizit an Vertrauen zu reduzieren, die regionale und globale Stabilität zu stärken und die Risiken zu

verringern, die aus Missverständnissen und Meinungsverschiedenheiten im Bereich der Raketenwaffen entstehen könnten.

In diesem Zusammenhang wiederholen wir die bereits früher von der Russischen Föderation gegebene Zusicherung, dass wir so lange auf die Aufstellung eigener bodengestützter Mittelstreckenraketen verzichten werden, bis in den USA hergestellte Mittelstreckenraketen in Europa stationiert werden.

Unsere Aufforderung an die NATO-Staaten, eine ähnliche Zusicherung zu erwägen, bleibt weiterhin relevant.

Um die Suche nach einvernehmlichen politischen und diplomatischen Lösungen zu erleichtern, sind wir bereit, weitere Schritte zu gehen, um die negativen Folgen, die durch das Auslaufen des INF-Vertrages entstanden sind, nach den Prinzipien gleicher und unteilbarer Sicherheit und unter Berücksichtigung der Interessen beider Parteien zu minimieren.

Beruhend auf unserem früheren Vorschlag, Maßnahmen zur Überwachung gegenseitiger Zusicherungen zu entwickeln, laden wir alle Interessenten ein, Vorschläge für gegenseitige Überwachungsmaßnahmen zu machen, durch die bestehende Besorgnisse abgebaut werden könnten.

Insbesondere denken wir an Überprüfungsmaßnahmen für die bodengestützten Aegis-Systeme mit Raketen-Abschussvorrichtungen des Typs MK-41 (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Mk_41_Vertical_Launching_System und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP08819_090819.pdf), die auf US- und NATO-Basen in Europa stationiert sind, sowie an die Raketen und Abschussvorrichtungen des Typs 9M729 (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/9K720> und http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP06316_200516.pdf) der Streitkräfte der Russischen Föderation in der Region Kaliningrad. Mit den Überprüfungsmaßnahmen soll festgestellt werden, dass sich in den genannten Einrichtungen keine bodengestützten Raketen befinden, die nicht den Abmachungen des INF-Vertrages entsprechen, auch wenn sie – wie die russischen Raketen des Typs 9M729 – noch nicht in diesem Vertrag erfasst waren.

Wir beharren darauf, dass unsere Raketen des Typ 9M729 nicht gegen die Bestimmungen des INF-Vertrages verstoßen, sind aber trotzdem dazu bereit, sie nicht mehr im europäische Teil Russlands aufzustellen, wenn sich die NATO-Staaten im Gegenzug dazu verpflichten, auf die Aufstellung von US-Raketen in Europa zu verzichten, die nach dem INF-Vertrag verboten waren.

Außerdem fordern wir alle interessierten Staaten auf, in einer "Welt ohne INF-Vertrag", zu der auch die asiatisch-pazifische Region gehört, nach Möglichkeiten zur Erhaltung der Stabilität und zur Vermeidung einer Raketen-Krise zu suchen. Wir sind dazu bereit, dabei mitzuwirken.

(Wir haben die Erklärung komplett übersetzt und mit wenigen wichtigen Links in Klammern versehen, die unbedingt beachtet werden sollten. Wir weisen auch auf einen russischen Bericht darüber hin, der unter <https://de.sputniknews.com/politik/20201026328271293-putin-stabilitaet-inf/> nachzulesen ist.

Russland möchte aber nicht nur die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa verhindern, sondern, wie unter <https://russische-botschaft.ru/de/2020/10/21/erklarung-des-ausenministeriums-russlands-3/> nachzulesen ist, auch das New-START-Abkommen über eine Reduktion der Atomsprengköpfe um ein Jahr verlängern.

Wie den unter <https://de.sputniknews.com/politik/20201028328285754-moskau-reaktion-westen-putin-vorschlag-inf-vertrag/> und <https://deutsch.rt.com/russland/108307-auswaertiges-amt-lehnt-putins-kompromissvorschlag/> aufzurufenden Artikeln zu entnehmen ist, hat Moskau sehr verärgert auf die übereilte Zurückweisung der russischen Vorschläge durch die NATO und das Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland reagiert.

Damit wurde wieder einmal überdeutlich, wer Verständigung und wer Konfrontation will. Anschließend drucken wir den englischen Originaltext ab.)



President of Russia

Events

Structure

Videos and Photos

Documents

Contacts

Search

Statement by Vladimir Putin on additional steps to de-escalate the situation in Europe in the wake of the termination of the Intermediate-Range Nuclear Forces Treaty (INF Treaty)

Oktober 26, 2020

The Russian Federation continues to believe that the INF Treaty was an important part of the architecture to ensure international security and strategic stability. The Treaty was essential to maintaining predictability and restraint in the missile sphere in Europe.

We consider the US withdrawal from the INF Treaty, as a result of which it was terminated, a serious mistake, which increases the risks of unleashing a missile arms race, stepping up confrontational potential and sliding into uncontrollable escalation. Given the unrelenting tension between Russia and NATO, new threats to European security are becoming evident.

Under these circumstances, active efforts are required to reduce the deficit of trust and to strengthen regional and global stability, as well as to reduce the risks arising from misunderstandings and disagreements in the sphere of missile weapons.

In this context, we reiterate our adherence to the moratorium on the deployment of ground-based INF missiles earlier declared by the Russian Federation until US-made missiles of similar classes are deployed in the corresponding regions.

We also believe that our call to NATO countries to consider the possibility of declaring a counter-moratorium remains relevant.

In order to facilitate the search for compromise political and diplomatic solutions, we are ready to take further steps to minimise the negative consequences of the collapse of the INF Treaty based on the principles of equal and indivisible security and balanced consideration of the parties' interests.

Based on our earlier proposal to develop monitoring tools to support Russia's initiative on counter-moratoriums, we invite all interested parties to consider specific options for adopting mutual verification measures in order to address existing concerns.

In particular, we could focus on the verification measures with regard to the Aegis Ashore complexes with Mk-41 launchers that are deployed at US and NATO bases in Europe, as well as 9M729 missiles at the facilities operated by the Armed Forces of the Russian Federation in the Kaliningrad Region. The verification measures would confirm the absence

of ground-based INF missiles on the facilities covered by the agreements, as well as the weapons, on the specifications and classification of which the parties were unable to reach an agreement (Russian 9M729 missile).

Remaining committed to the consistent position on the full compliance of the 9M729 missile with the provisions of the previously existing INF Treaty, the Russian Federation, nevertheless, is ready, in the spirit of good will, to continue not to deploy 9M729 missiles in European Russia, but do so only provided NATO countries take reciprocal steps that preclude the deployment of the weapons earlier prohibited under the INF Treaty in Europe.

We also call on all the stakeholders to search for ways to maintain stability and prevent missile crises “in a world without the INF Treaty” as it applies to the Asia-Pacific region. We are open to pursue joint work in this area.

Inzwischen hat auch die Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland eine deutsche Übersetzung des englischen Textes veröffentlicht, den wir zum Vergleich anschließend abdrucken.



Erklärung Wladimir Putins über weitere Schritte zur Deeskalation der Lage in Europa unter den Bedingungen der Beendigung des INF-Vertrags

(<https://russische-botschaft.ru/de/2020/10/26/statement-by-vladimir-putin-on-additional-steps-to-de-escalate-the-situation-in-europe-in-the-wake-of-the-termination-of-the-intermediate-range-nuclear-forces-treaty-inf-treaty/>)

Die Russische Föderation ist nach wie vor der Ansicht, dass der INF-Vertrag ein wichtiges Element in der Architektur für internationale Sicherheit und strategische Stabilität war. Der Vertrag spielte eine besondere Rolle bei der Aufrechterhaltung der Vorhersehbarkeit und Zurückhaltung im Raketenbereich im europäischen Raum.

Wir betrachten den Austritt der USA aus dem INF-Vertrag, wodurch dessen Gültigkeit erlosch, als einen schweren Fehler, der die Risiken erhöht, einen Raketenrüstungswettbewerb zu entfesseln, das Konfrontationspotential zu erhöhen und in Richtung einer unkontrollierten Eskalation abzugleiten. Unter Berücksichtigung der nicht abnehmenden Spannungen entlang der Russland-NATO-Linie sind neue Bedrohungen für die gesamteuropäische Sicherheit offensichtlich.

Unter diesen Umständen sind aktive Anstrengungen zur Verringerung des Vertrauensdefizits, zur Stärkung der regionalen und globalen Stabilität und zur Verringerung der Risiken gefragt, welche sich aus Missverständnissen und Meinungsverschiedenheiten im Bereich der Raketenrüstung ergeben.

In diesem Zusammenhang bekräftigen wir unser Bekenntnis zu dem von der Russischen Föderation verkündeten Moratorium zur Stationierung von landgestützten Kurz- und Mittelstreckenraketen, solange in den betreffenden Regionen keine von den USA hergestellten Raketenwaffen analoger Klassen auftauchen.

Wir glauben auch, dass unser Aufruf an die NATO-Länder, die Möglichkeit eines Gegenmatoriums in Betracht zu ziehen, nicht an Relevanz verloren hat.

Zur Unterstützung der Suche nach politischen und diplomatischen Kompromisslösungen sind wir zu weiteren Schritten bereit, um die negativen Folgen des Scheiterns des INF-Vertrags auf der Grundlage der Prinzipien einer gleichen und unteilbaren Sicherheit und einer ausbalancierten Interessensberücksichtigung der Parteien zu minimieren.

Auf Basis unseres früheren Vorschlags zur Ausarbeitung eines Kontrollinstrumentariums für die Stärkung der russischen Initiative für Gegenmatorien schlagen wir allen interessierten Parteien vor, zur Ausräumung bestehender Bedenken spezifische Optionen für gegenseitige Verifizierungsmaßnahmen zu prüfen.

Insbesondere könnten wir uns auf Überprüfungsmaßnahmen für die Aegis Ashore Komplexe mit den Abschussrampen Mk 41 auf US- und NATO-Stützpunkten in Europa sowie für die 9M729-Raketen in Einrichtungen der Streitkräfte der Russischen Föderation in der Oblast Kaliningrad beziehen. Ziel der Überprüfungstätigkeiten wäre es, das Fehlen bodengestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen in den von Vertragsabkommen erfassten Objekten sowie von Waffen zu bestätigen, über deren Eigenschaften und Klassifikation die Parteien zu keiner Übereinkunft kommen konnten (russische Rakete 9M729).

Die Russische Föderation vertritt weiterhin ihre konsequente Position über die völlige Entsprechung der Rakete 9M729 mit den Erfordernissen des ehemals gültigen INF-Vertrags und ist weiterhin bereit, zum Zeichen des guten Willens 9M729-Raketen nicht auf dem europäischen Teil des Landes zu stationieren. Dies jedoch nur unter der Bedingung von entgegenkommenden Schritten der NATO-Länder, welche die Stationierung in Europa von durch den INF-Vertrag früher verbotenen Waffen ausschließen.

Wir fordern auch alle interessierten Länder auf, sich für die Suche von Modellen zur Aufrechterhaltung der Stabilität und zur Verhütung von Raketenkrisen im asiatisch-pazifischen Raum „in einer Welt ohne INF-Vertrag“ einzusetzen. Wir sind offen für eine Zusammenarbeit in dieser Richtung.

<http://www.luftpost-kl.de/>

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern